



Fasspreis ohne Boden

Sanktionen gegen Iran fallen – Erdöl wird immer billiger. **Seite 2**

Grafik: Fotolia/Alexlrx

Berlins neue Gründerzeit

20 000 neue Wohnungen braucht die Stadt jährlich, meint Bausenator Geisel. **Seite 11**

Auf der Flucht

In »Um Himmels Willen« spielt Fritz Wepper einen Politiker. Das nd-Interview brach er ganz undiplomatisch ab. **Seite 17**

Foto: imago/Future Image

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Dienstag, 19. Januar 2016

71. Jahrgang/Nr. 15 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

»Ein Weg, den keiner will ...«

René Heilig über Libyen und die (Un-)Möglichkeit der Verweigerung

Wenn demnächst deutsche Soldaten Lager in Nordafrika aufschlagen, könnte das Truppenradio wieder alte Platten von Freddy Quinn auflegen. Ältere werden sich erinnern: Nach »brennend heißem Wüstensand« schluchzte der Sänger: »100 Mann und ein Befehl«. Die gingen einen »Weg, den keiner will«. Bis vor wenigen Tagen wollte auch die deutsche Verteidigungsministerin nicht den Weg nach Libyen gehen. Nun befürwortet sie ihn mit der die Vernunft ausgrenzenden Kapitulationsaussage: »Deutschland wird sich nicht der Verantwortung entziehen können.«

Deutschland kann nicht? Deutschland muss! Und Deutschland hat sein Mittun sogar schon einmal verweigert. 2011, als vor allem Frankreich und Großbritannien ihre Luftwaffe den Anti-Gaddafi-Rebellen zum Regimewechsel andienten. Der »Erfolg« der Verbündeten, die sich sogar der UN bedienten, führte zum Aufschwung der Islamisten – gegen die man jetzt wieder Militär anbieten will. Irak, Afghanistan, Libyen – wie viel misslungenen Anreden braucht es noch, bis man im Westen begreift: Militärs – ohne kreative, von den Völkern getragene Entwicklungsangebote – sind zum Scheitern verdammt.

Seit Freddy Quinn in Hitparaden nach dem Sinn von Soldatenexport fragte, sind weltweit Generationen herangewachsen, denen ein Leben ohne Krieg fast widernatürlich erscheint. Gerade so, als habe es nie aus der Mitte Europas die menschlichste aller Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegeben.

UNTEN LINKS

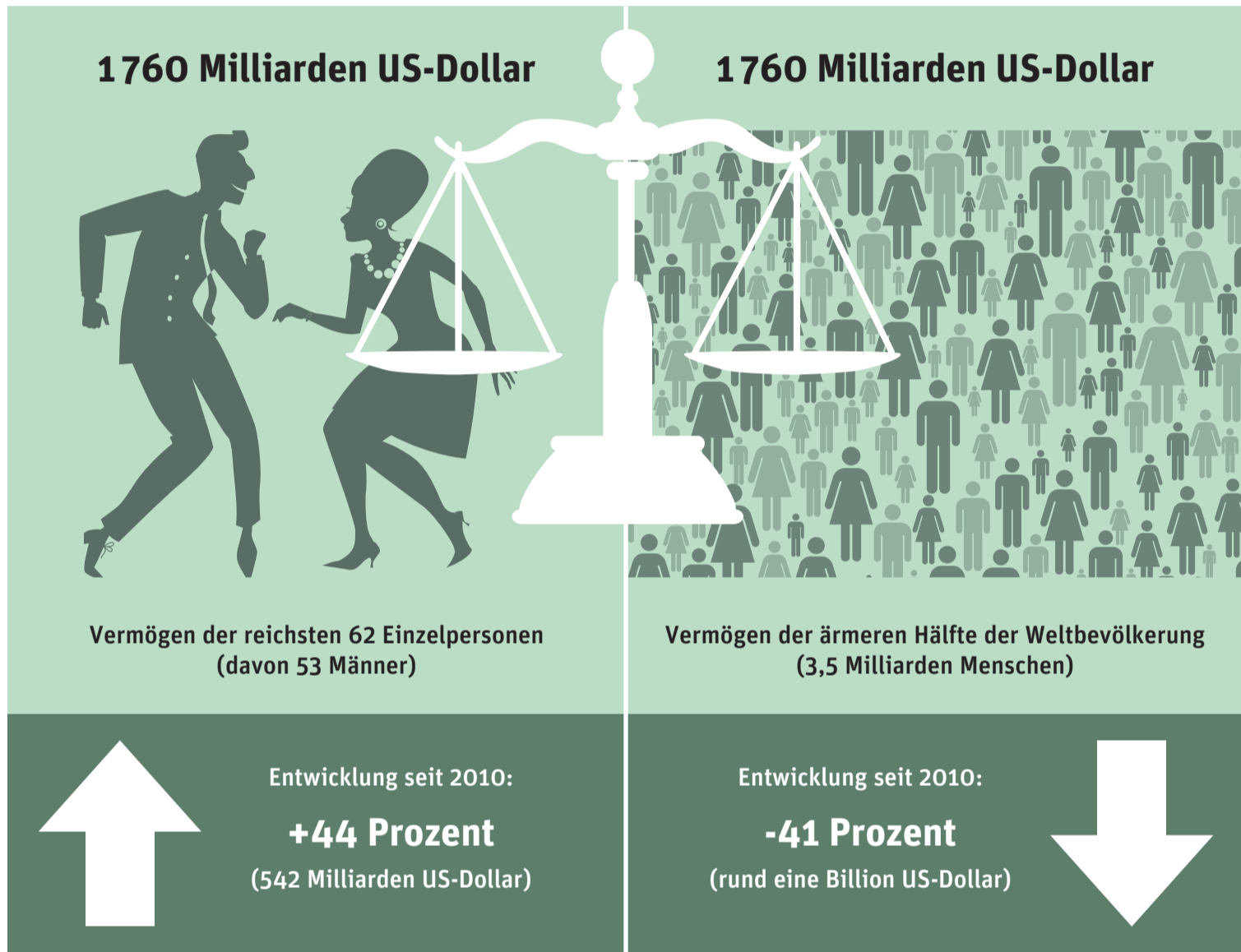
Manche Einwohner dieses Landes leben in **Paradies** (kein Grammatikfehler, bitte weiterlesen!). Das sind zum Beispiel unsere glücklichen Mitbürgerinnen und Mitbürger im gleichnamigen Ortsteil in Lindau am Bodensee, in der Gemeinde Gerzen bei Landshut, in Markt Rettenbach im Unterallgäu oder auch die in Paradies Teisendorf im Berchtesgadener Land. Alle Orte liegen übrigens in Bayern. Es wird wohl kein Zufall sein, dass es im Osten nur einen Ortsteil mit dem schönen Namen Paradies gibt, in Jena. In Paradies zu wohnen heißt allerdings noch lange nicht, im Paradies zu sein. Das ist ein feiner Unterschied, der ohne Grundkenntnisse der deutschen Sprache, Geografie und Geschichte schwer feststellbar ist. Die bayerischen Ortsteildörfler aus Gerzen und Co. würden das gern verschweigen, aber ein Blick auf die Homepage der CSU genügt und jeder ist im Bilde. »Bayern ist die Vorstufe zum Paradies« heißt es da. Und so lange das da steht, ist der Seehofer auch nur die Vorstufe zum lieben Gott. *ott*

ISSN 0323-3375



»Wär ich nicht arm«

Oxfam-Bericht über globale Ungleichheit: Forderungen nach mehr Umverteilung



Quelle: Oxfam, Forbes, Credit Suisse; Illustrationen: 123rf, Fotolia; Grafik: nd

Berlin. Den Brechtschen Vierzeiler, in dem sich »reicher Mann und armer Mann« gegenüberstehen, kennt jeder: »Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärd du nicht reich.«

In anderen Worten hat das jetzt noch einmal das Netzwerk Oxfam zusammengefasst: Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, die 3,5 Milliarden Menschen umfasst. Während die Superreichen in den vergangenen Jahren noch reicher geworden sind, ging das Vermögen der ärmeren Hälfte sogar noch zurück – obwohl im selben Zeitraum die Weltbevölkerung um 400 Millionen Menschen gewachsen ist. Und: Das

oberste Prozent verfügt inzwischen über mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen.

Die Ursachen sind vielfältig. Oxfam weist vor allem auf die unzureichende Besteuerung großer Vermögen und Kapitalgewinne sowie auf die immer noch existierenden Steueroasen, in die Profite verschoben werden. Laut der Grünen-Vorsitzenden Simone Peter sei es nun endlich Zeit für »umfairteilen«, da sonst die soziale Ungleichheit wegen unzureichender Besteuerung großer Vermögen und wegen der Steueroasen noch weiter »dramatisch« zunehme. Das antikapitalistische Blockupy-Bündnis sprach von einem »globalen

Klassenkampf von oben«. Der Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, nannte die Oxfam-Zahlen »nur noch obszön«.

Streit brach umgehend darüber aus, ob eine schärfere Besteuerung von Vermögen wirklich etwas ändern würde. Skeptisch äußerte sich Judith Niehues vom unternehmensnahen Institut der Deutschen Wirtschaft: Mehr Steuergelder würden nicht automatisch bedeuten, dass Arme davon profitieren. Für die Trockenlegung von Steueroasen und höhere Abgaben auf Reichtum sprachen sich dagegen Linkspartei und Grüne aus. *tos* **Seite 3**

Bundeswehr gegen »Achse des Terrors«

Von der Leyen hält Libyen-Einsatz für möglich und will mehr Geld für Rüstung und Personal

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) warnt vor einer neuen »Achse des Terrors« in Afrika und schloss einen Bundeswehr-Einsatz zur Stabilisierung Libyens nicht aus.

Von René Heilig

Seit Wochenbeginn hält Ursula von der Leyen eine Beteiligung der Bundeswehr an einem Einsatz zur Stabilisierung Libyens für möglich. »Deutschland wird sich nicht der Verantwortung entziehen können, dabei einen Beitrag zu leisten«, sagte sie der »Bild«-Zeitung. Noch bis Mitte vergangenen Woche war das ein Tabu-Thema im Ministerium. Dann trat die Kanzlerin im Verteidigungsausschuss des Parlaments auf und man ahnte: Der Meinungsumschwung ist nahe.

Das Wichtigste sei derzeit, Libyen zu stabilisieren und dafür zu sorgen, dass es eine funktionsfähige Regierung bekomme, fügte

von der Leyen hinzu. Klar, wer sonst wäre ein Partner bei der offenkundig geplanten Ausbildungsmission der Bundeswehr. Sie könnte – nach dem Muster der Peshmerga-Ausbildung in Nordirak – an der Grenze zu Libyen in Tunesien stattfinden. Die libysche Regierung – noch ist deren Existenz trotz international vermitteltem Abkommen der verfeindeten Parteien fern – werde »schnell Hilfe benötigen, Recht und Ordnung in diesem riesigen Staat durchzusetzen und gleichzeitig gegen den Islamisten-Terror zu kämpfen, der auch Libyen bedroht.«

Sollten der Islamische Staat und die radikale Islamistengruppen von Boko Haram eine Verbindung eingehen, wäre das »eine brandgefährliche Entwicklung«, sagte von der Leyen. Dann könnte »eine Achse des Terrors« entstehen, die weite Teile Afrikas destabilisieren kann. Die Folge wären neue Flüchtlingsströme. Gerade hat der Bundestag eine Aufstockung des

Bundeswehrkontingents für den gefährlichen UN-Einsatz in Mali beschlossen. Am Dienstag trifft sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) in Berlin mit sei-

»Im Wochentakt werden neue Militärmissionen beschlossen.«

Christine Buchholz, Linksfraktion

nem tunesischen Kollegen, um »die Unterstützung bei der Stabilisierung der tunesischen Demokratie und beim Kampf gegen den Terrorismus sowie die Lage im Nachbarland Libyen« zu debattieren.

Parallel zum Libyen-Einsatz sprach die Ministerin über eine deutliche Aufstockung des Wehretats. Sie glaubt, beim Finanzminister Gehör zu finden. Intern

wurde bekannt, dass man bis Anfang März ein neues Personal-konzept vorlegen will.

»Von der Leyen kündigt die Absicht zur Entsendung der Bundeswehr an, bevor überhaupt klar ist, welche der Kriegsparteien in Libyen damit unterstützt werden soll«, kritisiert Christine Buchholz, friedenspolitische Sprecherin der Bundestags-Linksfraktion. Im Wochentakt würden neue Militärmissionen oder die Aufstockung bestehender Einsätze beschlossen. Dies zeige, wie sehr militaristische Reflexe die Außenpolitik dieser Bundesregierung beherrschen. »Dafür darf es kein Geld geben.«

Der Haushälter der Grünen-Fraktion Tobias Lindner warnte vor Rüstungszulauf: »Ich kann nicht erkennen, wie man durch mehr Geld die Probleme der Bundeswehr löst. Was man braucht, ist eine vernünftige Auftrags- und Aufgabenanalyse. Dann muss man sehen, wie viel Material und Personal man braucht.«

Gabriel droht Maghreb-Staaten

Kürzung der Entwicklungshilfe wegen Zuwanderung im Gespräch

Berlin. In der Debatte um Flüchtlinge aus Nordafrika fordert SPD-Chef Sigmar Gabriel die Herkunftsstaaten zur Rücknahme abgelehnter Asylbewerber auf. Sollten Staaten wie Algerien und Marokko ihre Landsleute nicht zurücknehmen, wäre eine Kürzung der Entwicklungshilfe denkbar. Deutschland sei nur dann bereit, diesen Ländern wirtschaftlich zu helfen, wenn sie ihre Bürger wieder einreisen ließen, »die bei uns kein Asylrecht haben«, erklärte der Wirtschaftsminister. »Es kann nicht sein, dass man die Entwicklungshilfe nimmt, aber die eigenen Bürger nicht (...).«

Unterdessen will die CDU auch Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern erklären. Angesichts des »Erfolgs« der Erweiterung der Liste um mehrere Balkanländer im vergangenen Jahr sei dies geboten und schnell umzusetzen, teilte Generalsekretär Peter Tauber nach einem entsprechenden Vorstandsbeschluss mit. Im Moment steigt die Zuwanderung aus Algerien und Marokko an. *Agenturen/nd* **Seiten 4 und 5**

Betreuungsgeld noch bis 2018

Für umstrittene »Herdprämie« gilt der Bestandsschutz

Berlin. Obwohl das Bundesverfassungsgericht im Juli 2015 das umstrittene Betreuungsgeld kippte, wird die als »Herdprämie« kritisierte Leistung für Eltern, die ihre Kleinkinder zu Hause betreuen, auch weiterhin ausgezahlt. Dies bestätigte das Bundesfamilienministerium auf nd-Nachfrage. »Für Familien, die derzeit Betreuungsgeld beziehen, erfolgen die Auszahlungen für die Dauer der Bewilligung weiter«, heißt es in der Antwort. Für die Anspruchsberechtigten gilt der sogenannte Bestandsschutz.

Doch nicht nur das: Auch Familien, die zum Zeitpunkt des Urteils zwar schon eine Bewilligung hatten, aber noch kein Geld ausgezahlt bekamen, hätten einen Anspruch, so das Ministerium. Da die Leistung für bis zu 22 Monate bewilligt wurde, muss das Ministerium wohl bis 2018 entsprechende Beträge bereitstellen. Dies ergibt sich auch aus einer Aufstellung des Ministeriums, die »nd« vorliegt. Pro Monat erhalten die Eltern also weiterhin 150 Euro für ihr Kind. *fal* **Seite 6**

Manipulation im Profitennis

Verbände sollen Skandal verschleiern und Spieler gedeckt haben

Melbourne. Ein möglicher Wettskandal hat den Auftakt der Australian Open überschattet. Berichte über angebliche Spielabsprachen unter Beteiligung von Top-50-Profis und eines Grand-Slam-Champions sorgen für Aufregung. Enthüllt hatten diese die BBC und das US-Nachrichtenportal BuzzFeed. Nach Informationen der beiden Medien sollen 16 Profis aus den Top 50 in den vergangenen zehn Jahren in Absprachen verwickelt gewesen sein, die Hälfte davon soll gerade in Melbourne dabei sein. Die Informationen basieren auf geheimen Dokumenten, allerdings werden darin keine Namen genannt. Das Ausmaß des Skandals ist daher bislang nur sehr schwer einzuschätzen.

BBC und BuzzFeed werfen den Verantwortlichen vor, Informationen bewusst verschleiert zu haben. ATP-Chef Chris Kermode deklarierte die Anschuldigungen: »Wir weisen jeden Vorwurf, dass Beweise über Wettmanipulationen verdrängt wurden, absolut zurück«, sagte er auf einer eiligst angesetzten Pressekonferenz. *dpa/nd* **Seite 19**